

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Antisblatt für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Erscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile ober deren Raum 12 Goldpfennige, die Rückseite 25 Goldpfennige. Abdruck innerhalb 3 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge Anzeigen mit keine Gewähr.

Nr. 189.

Allensteig, Montag den 10. Dezember.

Jahrgang 1923

Die englischen Wahlen.

Trotzdem im englischen Parlament die konservative Mehrheit verhältnismäßig bedeutend gegenüber der in drei Parteien (Asquith-Liberale, Lloyd-George-Liberale, Arbeiterpartei) gespaltenen Opposition war, hat Baldwin die Wahlen vorgenommen, die nun zur Niederlage seiner Partei führten.

In England besteht weder Stichwahl noch Listenwahl, sondern in jedem einzelnen Wahlbezirk entscheidet die relative Mehrheit. Wer die meisten Stimmen erhält, ist gewählt, auch dann, wenn seine Gegner zusammen mehr Stimmen hatten. Dieses Wahlssystem stammt aus der Zeit, in der England noch die volle Wirkung des reinen Zweiparteiensystems hatte: es genügte damals die Bestimmung, daß der Kandidat gewählt sei, der die meisten Stimmen erhalte, um damit meist auch die absolute Mehrheit zu bezeichnen. Seit aber das Zweiparteiensystem durch den Eintritt der Arbeiterpartei in die politische Bewegung erledigt ist, seit gar die Liberalen sich in zwei Gruppen geteilt haben, konnte es sehr leicht vorkommen, daß ein Kandidat siegt, dem eine recht bedeutende Mehrheit von Oppositionstimmen gegenübersteht. Rechnet man die Wählerzahl nach, dann beläuft allerdings die konservative Partei durchaus nicht die Mehrheit im Lande, sondern nur dank dem Wahlssystem die Mehrheit im Parlament. Aber auch keine der Oppositionsparteien hat die Mehrheit im Lande, sondern nur alle drei zusammen.

Der Wunsch nach Neuwahlen war schon seit Beginn dieses Jahres bei der Opposition sehr stark; in der inneren Politik hat das konservative Kabinett weder die Wohnungsfrage gelöst, die in England fast noch drückender ist als bei uns, noch konnte sie der Arbeitslosigkeit steuern. In der äußeren Politik hat das Kabinett Baldwin zwar den erhofften Energiegewinn nach dem Rücktritt Bonar Law's geschafft, aber nicht einen einzigen praktischen Erfolg, und das merkwürdige Stillstehen vor dem Zusammentritt der Reichskonferenz und die allgemeine Erwartung, mit der ganz England vom eigenen Kabinett weg auf den Liberalen nachstehenden Südafrikaner Staats blickte, mögen als Beweise dafür gelten, daß das Kabinett Baldwin in der letzten Zeit hypochondrische Dinge aufwies. Man machte ihm in England den Vorwurf, daß es auf holdem Wege stehen geblieben sei.

Hatte die konservative Regierung dem Liberalen Lloyd George mit Recht vorwerfen müssen, daß er Frankreichs Kontinentalmacht in Versailles mit begründete, so trat Lloyd George jetzt gerade als der Mann auf, der die Sache noch, mit Verweisung auf Genua, zu retten versucht habe und retten könne. Als diesen Mann hat man ihm bei seiner jetzigen Amerika-Reise köstlich gefeiert. Die feindlichen Brüder Asquith und Lloyd Georges haben sich aber versöhnt, und die liberale Partei ging wieder geeint in den Wahlkampf hinein. Baldwin's Parole war die Frage nach Schutz Zoll oder Freihandel, die ja in England immer politisch betont war. Seit die Konservativen in der Reichskonferenz als Lösung der Arbeitslosenfrage eine allbritische Schutz Zollpolitik vorschlugen, war für die Liberalen, die traditionellen Freihändler, das Stichwort gegeben. Aber Baldwin's Parole hat verlagert und spielte eine untergeordnete Rolle. Die Außenpolitik wurde gegen Baldwin ausgespielt. Die Folgen sind noch nicht abzusehen. Eine neue Regierung wird kommen.

Der geschlagene Baldwin.

London, 9. Dez. Baldwin erklärte in Worcestershire seinen Wählern, als er sich bei ihnen über seine Wiederwahl bedankte: „Nach dem Stand der Dinge zu urteilen, werde ich eine schwere Zeit durchmachen. Doch habe ich mich nie vor Schwierigkeiten gefürchtet.“

Am Montag wird ein Kabinettsrat einberufen werden. Die konservative Partei dürfte noch im Laufe dieser Woche eine Vollversammlung abhalten. Sicherem Vermögen nach beabsichtigt Baldwin dem König nach Auszug des für Montag angelegten Kabinettsrats seine Rücktrittserklärung zu überreichen.

Mac Donald an die Arbeiterschaft Großbritanniens.

London, 9. Dez. Der Arbeiterführer Ramsay Mac Donald hat an die Arbeiter nachstehende Botschaft gerichtet: Dieser Tag muß in der Geschichte der Arbeiterbewegung rot angezeichnet werden. Trotz der entsetzlichen und gefährlichen Angriffe von allen Seiten ist die Arbeiterpartei in dem Augenblick, in dem ich dieses Wort an euch richte, von der konservativen Mehrheit nur durch 73

Sitze getrennt und sie hat einen der bedeutendsten Vertrauensbeweise erhalten, die je das Land einer Partei gewährte. Die Zukunft hängt noch von dem Gebrauch ab, den die Partei von ihrem Einfluß machen wird.“

Die Rückwirkung auf Frankreich.

Paris, 9. Dez. In Pariser parlamentarischen Kreisen erwartet man als Folge des englischen Wahlausgangs den Rücktritt Poincaré für einen nahen Zeitpunkt. Als Kandidaten für seine Nachfolge werden Barthou und Doumer genannt. Als Minister des Äußeren Senator Doumer.

Die amerikanische Lebensmittelanleihe.

Es steht ein amerikanischer Lebensmittelkredit im Betrag von 70 Millionen Dollar in Aussicht. Die Unterhandlungen darüber müssen schon ziemlich weit vorgeschritten sein, da von amerikanischer Seite mitgeteilt wurde, daß Deutschland an die Reparationskommission ein Gesuch richten wollte, damit diese der Lebensmittelanleihe die Priorität (den Vorrang) gewähre. Das entspricht den Bestimmungen des Versailler Vertrages, der die Reparation allen anderen Leistungen Deutschlands und folglich auch dem nötigen Zinsendienst und Abschluß einer solchen Anleihe voranstellt. Die nämliche amerikanische Quelle erklärt nun, daß Amerika diesen Anleiheplan und damit auch das zu erwartende deutsche Gesuch wärmstens unterstütze, und von sich auch dieser Anleihe sogar die Priorität vor den amerikanischen Versorgungsleistungen verleihe. Die Ausbringung der Anleihe soll vom amerikanischen Senat schon so gut wie bewilligt sein und zum Teil von amerikanischen, zum Teil von englischem Privatkapital mit staatlicher Unterstützung Amerikas sichergestellt werden. Die Beteiligung englischen Kapitals wird nun Anlaß geben zu einer interessanten Auseinandersetzung in der Reparationskommission, und einige Pariser Blätter haben schon der Sache vorgegriffen. Sogar der halbsozialistische „Temps“ hat schon Einwände gemacht, und das „Echo de Paris“ erklärt geradezu, Frankreich habe kein Interesse an einer Bewilligung dieser Priorität. Die amerikanische Lebensmittelanleihe, die Deutschland im Jahre 1919 mit Bewilligung der Reparationskommission erhalten habe, also der Hoover-Kredit, habe nur dazu beigetragen, die deutsche Kapitalflucht ins Ausland zu unterstützen. Derart böswillige Kommentare zeigen deutlich, daß Frankreich mit allen Mitteln die Sache sabotieren will, aber es handelt sich dabei um eine Frage, in der die Reparationskommission laut Versailler Vertrag nicht unbedingt einstimmigen Beschluß zu fassen hat. Da aber Amerika offiziell in der Kommission nicht vertreten ist, so müßten England, Italien und Belgien geschlossen stimmen. Die französische Sabotageabsicht hängt ohne Zweifel mit der Besserung der Mark zusammen, die in England von Vätern aller Richtungen begrüßt wird. Sogar ein Vieh-Blatt meint, man sehe, wie Lord Derby in einer Rede gesagt hat, jetzt zum ersten Mal Tageslicht. Ein liberales Blatt hebt hervor, daß die Mark sich mit besonderer Raschheit erhole, sobald auch nur das geringste Anzeichen für eine Besserung der politischen Lage Deutschlands vorliege.

Die Rheinlandfrage.

Berlin, 9. Dez. Das Reichskabinett hat mit dem Ser-Ausschuß des besetzten Gebietes und einem Untersuchungsausschuß des Großen Ausschusses über die rheinische Angelegenheiten beraten. Endgültige Beschlüsse liegen jedoch noch nicht vor. Inzwischen ist der Standpunkt der Reichsregierung zu einigen Angelegenheiten schon ziemlich fest entschieden. Die amtliche Einführung der Rentenmark im besetzten Gebiet ist nicht beabsichtigt, weil nach den bisherigen Erfahrungen damit zu rechnen ist, daß die französischen Behörden die Rentenmark beibehalten und beschlagnahmen. Es soll mit größter Beschleunigung eine Verordnung herausgegeben werden, welche den Gemeinden das Recht einräumt, werblich-berufliches Notgeld herauszugeben. Ein endgültiger Beschluß über die Frage der rheinischen Goldnotenbank ist verschoben worden, bis die Stellung der rheinisch-westfälischen Wirtschaftskreise und der Stand der Verhandlungen mit den ausländischen Finanzgruppen weiter geklärt ist. Eine wichtige Regelung ist auf dem Gebiet der Finanzierung der rheinischen Gemeinden geplant. Die Reichsanteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie die Hälfte der Reichsanteile an der Umsatzsteuer sollen den Gemeinden, in deren Bezirke sie auskommen, als Rassenzuschüsse überlassen bleiben. An der Gewerbesteuererhöhung soll finanziell

keine Unterscheidung mehr gemacht werden zwischen besetzten und unbesetzten Gebiet. Nachdem das Abkommen zwischen der Reichs- und den deutschen Industriellen zustande gekommen ist, nachdem weiter das Rainer Abkommen in der Eisenbahnfrage vorliegt, wird die Reichsregierung den neuen Versuch machen, um zu Verhandlungen von Regierung zu Regierung über die politischen und wirtschaftlichen Fragen zu kommen, die zwischen Deutschland und den Alliierten schweben. Sowohl die Reichs- wie die preussische Regierung lehnen jede staatsrechtliche Veränderung des Verhältnisses des besetzten Gebiets zum Reich auf einer anderen Grundlage als der durch die Verfassung vorgesehenen ab.

Neues vom Tage.

Reichsregierung und Preisbildung.

Berlin, 9. Dez. Nachdem in den letzten Tagen eine Befestigung der Papiermark eingetreten ist, zeigt sich in dem starken Preisabschlag auf dem gesamten Warengebiet, wie sehr die Warenpreise durch die Geldwertungsanschläge über das berechnete Maß hinaus erhöht worden waren. Die Reichsregierung wird auch weiterhin ihre ganze Kraft gegen die Willkür in der Preisbildung einsetzen, nachdem die Besserung der Währungsverhältnisse und der Uebergang zur Wertbeständigkeit die Voraussetzungen für den Erfolg des Wirkens erhöht haben.

Stellung der bayerischen Kabinettskrise.

München, 9. Dez. Die bayerische Kabinettskrise ist gelöst, und zwar einfach dadurch, daß man alles beim alten läßt. Man rechnet auf Reichstagswahlen schon für Februar und will dann gleichzeitig in Bayern Landtagswahlen vornehmen. Bis dahin soll laut „Frankf. Bzg.“ das Kabinett Knilling in seiner bisherigen Zusammensetzung die Geschäfte weiterführen.

240 Milliarden geraubt.

Mainz, 9. Dez. Wie die Polizeidirektion in Wiesbaden mitteilt, wurde ein Geldtransport der Reichsbankstelle Wiesbaden von bewaffneten Separatisten überfallen. Es wurden 240 Milliarden Reichsbankgelder in Zweibillionscheinen, deren Nummern noch nicht bekannt sind, geraubt.

Deutscher Reichstag.

Die Entscheidung.

Annahme des Ermächtigungsgesetzes. — Keine Reichstagsauflösung.

Am Samstag nachmittag ist nun mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag — es wurden etwa 6 Stimmen mehr als die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das Gesetz abgegeben — die politische Situation für das Kabinett Raer und damit auch für den Reichstag gerettet. Die 18 fümigen Volksvertreter, die am Donnerstag beinahe das Scheitern des Gesetzes versucht, wurden beigebracht, so noch mehr, so daß von vornherein die Annahme des Gesetzes sicher war. Die Opposition der Deutschnationalen, die bereits die Früchte eines kommenden Kampfes in Rechnung stellte, als sie durch ihre Taktik die Auflösung des Reichstags erzwingen wollte, ist gescheitert. Die Wahlzeit wird dem deutschen Volk also noch erspart, und es kann politisch ruhigere Weihnachten erleben, sofern nicht die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes geplanten Zwangs- und Abbauverordnungen eine neue Welle politischer Erregung bringen. Aber das kommende neue Jahr 1924 bringt doch die Wahlen. Der Termin hängt vom Reichstag und Reichspräsidenten ab, die diesmal noch zusammenwirkten, um die Verschiebung herbeizuführen. Das geschah mit teilweise berechtigter Rücksicht auf Rheinland und Ruhrgebiet. Wenn also das Gesetz der Reichstagsauflösung auch gekannt ist, so können doch die innenpolitischen Verhältnisse wie die außenpolitische Lage sich in kurzer Zeit so gestalten, daß der Reichstag bald zusammenzutreten muß. Zunächst ist er bis ins neue Jahr vertagt.

Die Annahme des Gesetzes bedeutet also zunächst wohl eine Entscheidung und zugleich Klärung in dem Sinne, daß die Sozialdemokratie mitverantwortlich an der Regierung beteiligt ist. Aber die ganzen innenpolitischen Verhältnisse sind nach wie vor gespannt und die weltweite politische Lage kann durch den Wahlsieg der Liberalen und der Arbeiterpartei Englands über die dort herrschende Mexicana der Konservativen in kürzester Zeit auf den

berücksichtigten Gebieten neue Konfliktstoffe herbeiführen. Es sei nur an die schwebenden Reparationsverhandlungen, an die ungelöste Rheinlandfrage, das keineswegs gelöste Wohnungsproblem und die damit zusammenhängenden Fragen der Wirtschaft und des Preisabbaus zu denken.

So mag man die Entscheidung des Reichstags als augenblickliche Erleichterung buchen, aber nicht als einen Erfolg von dauernder Bedeutung. Nun regiert Seefeld, der Reichsbefehlshaber, erst recht mit dem Ausnahmezustand und das Kabinett hat die Vollmacht hierzu, wenn auch ein Ueberwachungsaußschuß des Reichstags dafür sorgen wird, daß die Diktatur die parlamentarische Billigung findet.

Berlin, 8. Dez.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Marx, Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Jarres und die übrigen Mitglieder des Kabinetts.

Präsident Ebert macht Mitteilung von dem Beschluß des Reichstags im Falle einer Auflösung des Reichstags. Darnach sollen, auch wenn der Reichstag aufgelöst ist, der Auswärtige Ausschuß und der Ueberwachungsaußschuß weiter tagen und ihre Mitglieder die Rechte der Abgeordneten behalten.

Abg. v. Graefe (D.Völk.) beantragt, den Bericht des Ausschusses über die Aufhebung seiner Immunität noch heute zu erledigen. Das kann aber nicht geschehen, da die Kommunisten Widerspruch erheben.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung der Vorlage zur Änderung des Reichswahlgesetzes in Verbindung mit einem deutschnationalen Antrag auf Einführung der Wahlfrist. Ebenfalls damit verbunden wird eine Vorlage zur Änderung des Gesetzes über den Volkseinstieg, wonach ein Volkseinstieg, das von den Antragsteller selbst nicht weiter verfolgt wird, vom Reichsminister des Innern eingestellt werden kann. In das Reichswahlgesetz soll ein amtlicher Stimmzettel eingeführt werden, der alle zugelassenen Wahlvorschlüge mit den Namen der ersten vier Bewerber enthält. Der Wähler kann durch Ankreuzen feststellen, welchem Wahlvorschlüge er zustimmen will; ferner wird die Anlage ständiger Wahllisten empfohlen.

Abg. Behre (Bayer. Vp.) berichtet über die Ausschlußverhandlungen. Der Ausschuß habe auch eine Herabsetzung der Zahl der Reichstagsabgeordneten und der Mitglieder der Landesparlamente empfohlen. Besonders das preussische Parlament sei viel zu groß.

Abg. Schulz-Bronberg (D.natl.) begrüßt die Forderung auf Verminderung der Abgeordnetenzahl, äußert Bedenken gegen den neuen Wahlzettel mit den zahlreichen Namen, die nur Konfusionen stiften und bedauert, daß die Einführung der Wahlfrist bei den anderen Parteien auf Widerstand gestoßen sei.

Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz.

Es folgte dann die namentliche Schlussabstimmung über das Ermächtigungsgesetz. Eine Ansprache findet nicht mehr statt. Das Haus ist stark besetzt, nur bei den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen zeigen sich einige Lücken. Die Deutschnationalen bleiben im Saale, beteiligen sich aber an der Abstimmung nicht. Für das Ermächtigungsgesetz stimmen die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten, die Bayerische Volkspartei und die Sozialdemokraten. Dagegen stimmen die Kommunisten, der Bayerische Bauernbund, die Deutsch-Völkischen, die Ledebour-Gruppe, der aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschlossene Hoffmann-Schmargendorf und der Abg. Geisler (bei keiner Fraktion).

Es wurden abgegeben insgesamt 332 Stimmen. Der Präsident stellt fest, daß nicht nur zwei Drittel der Ab-

geordneten anwesend waren, sondern daß sich auch zwei Drittel an der Abstimmung beteiligt haben. Das Ermächtigungsgesetz wurde mit 313 gegen 18 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Der Präsident stellte fest, daß die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz erreicht ist.

Es folgt nunmehr die Abstimmung über das Justiz-Gesetz Hergt (D.natl.) auf Einführung der Wahlfrist. Der Grundlegende Teil des Antrags wird mit 217 gegen 200 Stimmen bei 6 Enthaltungen in namentlicher Abstimmung angenommen. Dafür stimmten mit den Deutschnationalen die Deutsche Volkspartei, die Demokraten, die Bayerische Volkspartei. Und die Gesamtstimmzahl über den ganzen Antrag Hergt ist namentlich. Diesmal wird der Antrag mit 207 gegen 179 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Präsident Ebert macht darauf aufmerksam, daß der im Ermächtigungsgesetz vorgesehene 15er Ausschuß noch heute gewählt werden muß und noch heute seine konstituierende Sitzung abhalten soll. Auf der Tagesordnung stehen dann zahlreiche Anträge zur Personalabgabenverordnung.

Abg. Haack (Bayer. Vp.) weist darauf hin, daß die Angelegenheit des Beamtenabbaus durch das Ermächtigungsgesetz nun der Entscheidung des Reichstags entzogen und der Reichsregierung und dem 15er-Ausschuß überwiesen sei.

Ein Antrag Dr. Scholz (D.Vp.) auf Schluß der Debatte wird gegen die Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Abg. Degler (D.natl.) beantragt, die den Personalabgaben betreffenden Anträge dem Beamtenauschuss zu überweisen.

Vizepräsident Dr. Well weist darauf hin, daß nach dem Ermächtigungsgesetz nur der Rechtsausschuss und der Ueberwachungsaußschuß neben dem Auswärtigen Ausschuss bestehen bleiben.

Der Antrag Degler wird darauf abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiedereinführung der Remobilisationsverordnung über die Regelung der Arbeitszeit usw. wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Ein Antrag Schulz-Bronberg (D.natl.), die nächste Sitzung etwa am 10. Januar stattfinden zu lassen wird abgelehnt.

Der Präsident wird ermächtigt, die Sitzung selbstständig festzusetzen. Sie wird voraussichtlich am 31. Januar stattfinden.

Nach Schluß der Sitzung erhebt sich auf den Tribünen, wo u. a. zahlreiche Eisenbahnbeamte den Verhandlungen beigewohnt haben, großer Tumult, da diese erwartet hatten, daß die Beamtenvorlägen noch weiter beraten würden.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 10. Dezember 1923.

Handelkammer Calw. Von der Handelskammer Calw wird uns geschrieben: Wie wir vom Reichspostministerium erfahren, sollen die Erschließungen der Post für verloren gegangene oder geminderte Sendungen, sofern sie nach dem 1. Dezember eingeliefert sind, auf Goldmarkgrundlage erfolgen. Vor diesem Zeitpunkt aufgelieferte Sendungen werden also bedauerlicherweise nur mit dem Wert zur Zeit der Einlieferung ohne Aufwertung entschädigt. Auch die Eisenbahn hat den Grundsatz der Aufwertung bei verlorenen oder beschädigten Gütern nach Einführung der Goldtaxe angenommen. Die Verfügung vom 1. November besagt, daß zwar der Tag der Aufgabe des Guts für die Wertberechnung der Entung maßgebend sein müsse, der Geschäftsbetrag solle der nach dem Tageskurs der Zahlungsanweisung berechnet werden. — Der vormalige Reichskundenlag als

Stichtag ist seit 18. November 1923 befristet. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 23. Oktober 1923 hat die Reichsregierung die Geltung der Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und Angestellter bis zum 17. November 1923 verlängert. Wo also keine tariflichen oder besonderen vertraglichen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern oder Arbeitnehmern hinsichtlich der Arbeitszeit bestehen, gelten seit 18. November wieder die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung über die Arbeitszeit. Der „Vorwärts“ hat zwar die Behauptung aufgestellt, daß der Reichskundenlag durch den Aufbruch der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 mit Gesetzeskraft eingeführt sei und daß ein anderes Gesetz noch nicht ergangen sei, daß diese Bestimmung aufhebe. Die Ansicht des „Vorwärts“ ist aber irrig. Jener Aufbruch der Volksbeauftragten hatte nur programmatische Wirkung, aber keinerlei Gesetzeskraft. Auch das Reichswirtschaftsministerium teilt diese Auffassung, daß heute nur noch die Reichsgewerbeordnung hinsichtlich der Arbeitszeit maßgebend sein kann.

Ordens-Bücherei 1924. Rechtzeitig vor Weihnachten bietet sich der „Bücherei 1924“ des Herbizischen Verlags in Freiburg i. Br. mit einer an Neuauflagen und Neuerscheinungen reichen und vielseitigen Auswahl dar. Der Bücherei steht in der W. Reichs'schen Buchhandlung zur Verfügung. Erläuterungen zu den einzelnen Werken erleichtern Beurteilung und Wahl; ein gut ausgewähltes Buch ist doch immer noch die wertvollste Weihnachtsgabe. Besonders bemerkenswert ist die Erzählungsliteratur, vor allem die neue Sammlung „Der Bienenkorb“, wo sich neben schon früher bekannten Erzählungen von Döbner, Federer, Mohr, Soos, Jan und Schäfer finden; dann der „Bühmann“ von Kellner, der ideale Führer für die reifende männliche Jugend; Herwig's großartige „Deutsche Heldenlegende“, „Das alte Haus“ von Maithi, der hier das erste Märchenbuch im Sprengel der Kinder gibt; der Berliner Wilhelm mit „Der Löwenjagd“ und „Der Herrgott auf Besuch“, die Schwabbin Schenk mit einem lieblichen Dorf Idyll „Von kleinen Leuten“ und vieles andere mehr.

Das Reichsausschuss scheitert. Nach einer im Reichsausschuss für Bildungswesen vom Staatssekretär Schulz abgegebenen Erklärung zum Reichsausschussentwurf wird diese Vorlage vom Reichsfinanzminister zurzeit wegen der finanziellen Rückwirkungen als unbrauchbar erachtet. Dem Ausschuss blieb nichts übrig, als die Zwecklosigkeit weiterer Beratungen des Entwurfs unter solchen Umständen einzusehen. Die Verhandlungen wurden also abgebrochen und werden es für diese kurze Restdauer der Legislaturperiode dieses Reichsparlamentes selbstverständlich bleiben, denn eine Mehrheit für alsbaldige Weiterberatung fehlt von vornherein. Das seit Anfang 1921 dem Reichstag vorliegende Gesetz wird also einfach unter den Tisch fallen und alle darauf verwendete Mühe vergeblich sein.

Verhältniszahl beim Steuerabzug vom Arbeitslohn. Die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug beträgt vom 9. bis 15. Dezember d. J. unverändert 850 000. Mit dieser Zahl sind die Grundzahlen, d. h. die Ermäßigungsbeiträge der 2. Septemberhälfte, zu vervielfachen.

Umgekehrung der Landw. Berufsgenossenschaften. Die Landw. Berufsgenossenschaften für den Schwarzwald- und Jagstkreis einigten sich dahin, daß für die Monate Dezember, Januar und Februar ein Umlagevorschuß von 3 Goldmark auf je 100 M. Steuerkapital in der Weise erhoben wird, daß je ein Drittel des Betrages auf 15. Dezember, 15. Januar und 15. Februar zur Zahlung fällig ist. Für die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft des Donaufreises wird ein weiterer Umlagevorschuß für diesen Monat nicht mehr erhoben.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenstein.

(44)

(Nachdruck verboten.)

Hans starrt finster in das harte, braune Gesicht mit dem scharfen Blick. „Da gibt's keine Wahl. Rein Vaterhaus laß ich mir nehmen,“ sagt er schroff.

Er dreht sich um und will die Stube verlassen, aber der Großvater hält ihn noch einmal zurück. „Wart ein bißel, Bub! Die Sach war abgetan. Aber sonst sollst mich nit unbillig finden. Ich weiß, du hast es recht schaffen angepaßt und dein Vater war einmal mein Spegi... hatt' mir dawider, wenn ich dir helfen könnt gegen den alten Bödel. Muß ich dir der Kojel ihr Kammerlär verschließen, 's Geldladel steht dir offen.“

Er hat den Arm vertraulich auf des Burschen Schulter gelegt und in fast herzlichem Ton gesprochen. Aber Hans reißt sich ungestüm los. „Schamen müßt ich mich in die Seele hinein, wenn ich das annehme!“ sagt er heftig. „So hart mir's zusammeneht, nit ein Kreuzer mücht ich von Euch, Großvater! Behaltet Euer Geld und unsrer Herrgott verzeih' Euch Eure Härten!“

Der Vater läßt drohend auf. Dann starrt er dem Burschen hinziehend nach, wie er mit großen Schritten den verschneiten Pfad nach dem Lidgraben einschlägt.

„Du verflücht' Dickschädel,“ murmelt er halb ärgert, halb befreit, „dich wird's reuen, mich nit. Jetzt sind wir einander wenigstens los und d'Beva kann mir auch nimmer kein Wortwort machen. Die Dien hab ich ihn antrogen und 's Geld — wann er's nit wollen hat, desto besser.“

Zwei Tage später kommt die Verbannte mit der Staff aus der Stadt zurück. Beide strahlen und können nicht genug erzählen, wie sein 's die Martina hat und wie sie beide von den Bödel'schen „gehet“ worden sind. Bedächtig erwidert sie auch, daß der Vater Hofmeister

vom Stift in der Stadt war und ihnen die Ehre gegeben hat, bei Martina Kaffee zu trinken. Sie tauschen dabei einen schmunzelnden, viel sagenden Blick, der aber von Hans nicht weiter beachtet wird.

Am nächsten Tag tritt er die Reise nach Barchelma an. Die Reisbegleiterin ist jetzt seine einzige — seine letzte Hoffnung.

Aber als er am dritten Tag müde und erschöpft dem Bergbauernhof zureitet, hat er auch die so gut wie verlorenen.

Im Abend wundert sich Hans, daß die Mutter nicht wie sonst Weihrauch und Weihwasser aus der Kirche mitbrachte, denn morgen ist Dreikönigstag, wozu Hans und Stille „ausgeräuchert“ werden sollen.

Dippel, der schon heimlich die geweihte Kreide vorgezogen hat, um den „Drubensuh“ gegen böse Geister an alle Lagerstätten des Hauses und das Zeichen der heiligen drei Könige an sämtliche Türen zu machen, begreift auch nicht, warum in der Küche nichts vorgezogen wird für die „Dreimahlnacht.“

„Immer mehr kommen die guten alten Bräuch ab,“ raunt er Seferl vor, „früher hat's dreimal zu essen geben in der Dreikönigsnacht, nachher haben sie ein einzig's Festmahl draus gemacht und jetzt scheint's gar, als wollten sie das auch vergessen! Aus der Weiß ist's, wie liberalisch und unchristlich d'Leut neuzet sind!“

Seferl gibt ihm heimlich recht. Da reunt sie alle Fingerlang in die Kirchen, die Bäurin, und nachher denkt sie nit einmal, daß in der Heiligendreikönigsnacht 's Vieh geweihtes Salz und geweihten Knoblauch bekommen muß, wenn's jahrlänger gedeihen soll! Ein richtiges Glück, daß Seferl selber daran dachte!

Hans ist in die Küche getreten, wo Mutter und Tante am Herd hantieren. „Was ist denn mit'n Räudern heut?“ fragt er, im Stillen verwundert, daß nur die gewöhnliche Sterzpflanze neben dem Topf mit saurer Milchsuppe am Herd steht.

Die Bäurin überhört die Frage scheinbar. „Seht!“

ruft sie plötzlich, „kein bißel Holz haben wir mehr dal! Der Dippel denkt auch nie auf was, hab's ihr doch aufgetragen voreh... geh, Hans, sei doch so gut und spring in die Holzleg um ein' Arm voll!“

Gutmütig geht Hans in die Holzlege. Als er wieder kommt, ist die Küche leer. In der Stube drin wird eben das Tischgebet gemurmelt, und die Tante raunt dem Eintretenden zu: „Der Mutter ist nit recht extra heut, sie hat sich niedergelegt. Bald du gegessen hast, sollst zu ihr kommen, sie will dir was sagen.“

Bestimmt und schweigsam wird das Abendbrot gegessen. Die Leute wissen nicht, was das bedeuten soll!

Hans aber tritt in die Kammer, wo die Bäurin im Bett liegt und ihn kläglich an ihr Lager kommen heißt. „Bub,“ sagt die Bäurin unsicher, „jetzt geh auf, was ich dir sagen werd, und sei gescheit. Ein unverhofftes Glück haben wir — die Silbherren kaufen unsren Hof und geben bare 150 000 Mark dafür. Weihnacht, wie wir in der Stadt waren, haben wir's ausgeredet mit'm Vater Hofmeister und gestern ist im Stiff Sitzung darüber gewesen. Der Herr Prälat und der Konvent ist einverstanden, die Diebel und die Martina haben auch schon zugestimmt und übermorgen kommt der Advokat, der alles schriftlich machen muß. Ich und die Mahrn behalten ein Stübel da im Haus und 's Stiff ist verpflichtet, uns Holz, Milch und Butter zu geben, so viel wir brauchen auf Lebenszeit. Warm haben sie uns gebettet, selb muß ich sagen! Wir können von die Reuten leben, da herausen wie Städtliche. Zahlt mer die Schulden aus, so bleibt mir genug. Auf dich kommen auch ein paar Tausender. Kannst dir was pächten damit oder gar ein eigen Gäusel kaufen, wenn... aber mußt nit so wild breinschauen, Hans! Schan, wisch deiner Mutter doch das Glück vergönnen...? Sei g'scheit, Bub! Andern kannst wir mehr dran... und weiß, weil wir gleich übergeben müssen, hab ich auch 's Räudern sein lassen. Was brauch ich mich noch um ein' Segen zu bekümmern für fremden Leuten ihr Sach?“

Fortsetzung folgt.

Die Landw. Winterschulen Württembergs. In Württemberg wurden 31 Landw. Winterschulen eröffnet, die allgemein gut besucht sind. Die gesamte Schülerzahl beträgt im laufenden Winter 1768, gegenüber 1888 im vorigen Winterhalbjahr.

Die Beamtenbezüge ab 1. Dezember. Als weitere Abschlagszahlung auf die ab 1. Dezember einzuführende neue Beamtenbezüge ist den Beamten usw. das 25-millionenfache der Grundbezüge zu zahlen. Die Zahlung soll frühestens am Montag, 10. Dez., geleistet werden. In sämtliche Besoldungsempfänger sind 30 Prozent dieser Zahlung in Papiermark zu zahlen; die restlichen 70 Prozent werden den Kassentellen wie bisher durch die Staatshauptkasse in Rentenmark mit größter Beschleunigung nachgeliefert werden.

Stammheim, 7. Dez. (Abschied.) Postmeister W. u. m., der in den Ruhestand tritt, scheidet mit seiner Familie von hier nach Tübingen über. Mit herzlichem Abschied lassen wir die Familie von hier scheidet, die während der letzten 20 Jahre Freud und Leid mit der Gemeinde geteilt hat.

Freudenstadt, 8. Dez. (Diebstahl.) Durchreisende junge Leute hatten in Hippoldau einen leerstehenden Villa einen Versuch abgefaßt. Dabei haben sie sich verschiedene Wäschstücke angeeignet, welche sie abzugeben suchten. Einer der Täter konnte nach telefonischer Anordnung in Hochdorf festgenommen werden. — In einem Neubau der Eisenbahnwerkstätte wurden einem Arbeiter verschiedene Kleidungsstücke entwendet. Der Täter wurde ermittelt. — Aus dem Ausgang Markttag 11. hier, wurde ein Fahrrad gestohlen.

Reutlingen, 9. Dez. (Vorläufiges Wahlergebnis.) Nach dem bis heute Abend 8 Uhr vorliegenden vorläufigen Ergebnis hat die heutige Stadtschultheißenwahl für die beiden Wahlbezirke, Stadt-Schultheiß Ritter-Schramberg und Rechtsanwalt Hirtel-Reutlingen, Stimmgleichheit ergeben.

Stuttgart, 9. Dez. (Sinkende Feuerungs-zahlen.) Die auf 6. Dezember errechnete Feuerungs-zahl ist gegenüber der vom 3. Dezember um 10,5 Prozent zurückgegangen.

Verlängerte Mindestverkaufszeit. Die Kleinhandelsgeschäfte für Gegenstände des täglichen Bedarfs müssen nun mindestens vormittags von 10—12½ Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr offen halten, Lebensmittelgeschäfte bis 5½ Uhr.

Beamtenabbau und Schule. Der Gesamtverband des Württ. Lehrervereins hat zur Frage des Beamtenabbau und ihrer Rückwirkung auf die Schule mit folgender Entschließung Stellung genommen: „Der Gesamtverband des Württ. Lehrervereins hält es für seine Pflicht, unser Volk auf das große Elend unserer heutigen Jugend hinzuweisen. Die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse, die Zustände unserer öffentlichen Lebens gefährden die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung des heranwachsenden Geschlechts und damit die Volksgesundheit auf das Schwerste. Ist es nicht möglich, durch das öffentliche Erziehungswesen geistige und sittliche Kräfte zu pflegen und zu entwickeln, die der Forderung entgegenwirken, so ist ein Wiederaufstieg unseres Volkes trotz aller Sparmaßnahmen in hohem Grade erschwert. Wir wenden uns an die Eltern und fordern sie auf, sich dafür einzusetzen, daß durch den Beamtenabbau nicht das höchste, wertvollste Gut, das uns noch geblieben ist, die deutsche Jugend, an Leib und Seele leidet.“

Das verschärfte Maschinengewehr. Der kommunalistische Gemeinderat Raß hatte sich vor der Strafkammer wegen Anstiftung zur Bestechung zu verantworten. Er hatte seinen Neffen und seine Nichte, die bei der Berglaserne wohnen, zum Waffenerwerb und Gewinnung eines Maschinengewehrs angestiftet und diese hatten den Waffenunteroffizier Kugel gewonnen. Nachdem dieser 30 Dollars erhielt, lieferte er tatsächlich das Maschinengewehr, aber vor der Abholung wurde die Sache ruchbar. Das Gericht verurteilte Raß zu 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Neffen und Nichte zu 6 bzw. 2 Wochen Gefängnis.

Heilbronn, 9. Dez. (Todeseinwurf.) In einem Schulzimmer der Rosenauerschule stürzte der vordere Teil der Decke unter lautem Krachen ab. Da das Schulzimmer im Augenblick leer war, wurde niemand verletzt.

Tübingen, 9. Dez. (Töblicher Sturz.) Das dreijährige Söhnchen des Ratsdieners Treß stürzte im Rückschritt des Rathauses in einen unbewachten Augenblick in die Tiefe, erlitt einen Schädelbruch und starb.

Schwanningen, 9. Dez. (Ein Opfer der Unruhen.) Die achtjährige Gertrud Kipp, der anlässlich der hiesigen Unruhen beide Oberknie durchschossen wurden, ist ihren Verletzungen erlegen.

Alm, 9. Dez. (Hindernisse bei der Auswanderung.) Vor einigen Tagen meldeten wir, daß fünf Herren und drei Frauen aus Göppingen auf einem selbstgeleiteten Motorboot eine Donaureise antraten, um auszuwandern. Als das Boot die Donaubrücke bei Würzburg passierte, stieß es auf einen Brückenpfeiler, wobei das Steuer brach. Bei einem zweiten Anprall wurde das Boot led. so daß sich das Innere mit Wasser füllte. Hundert Meter stromabwärts nach der Brücke blieb das Boot auf dem Grund stecken. Es soll nun wieder flott gemacht werden.

Seidenheim, 9. Dez. (Neue Fabrik.) Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung die Überlassung eines Baugrundstücks in Größe eines Wärdt. Morgen zur Errichtung einer Traktorenfabrik durch die Allgemeine Superphosphat A.-G. in Berlin beschlossen.

Pforzheim, 9. Dez. (Unfall.) Als der verheiratete, 24 Jahre alte Brauereiarbeiter Hermann Huber im Keller der Brauerei Bech mit dem Decken eines Lagerfasses beschäftigt war und dabei eine Leiter bestieg, verlor er das Gleichgewicht und stürzte auf den Hinterkopf, daß er eine schwere Verletzung erlitt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er nach wenigen Stunden starb.

Freiburg, 9. Dez. (Zur Morbidität in Saig.) Die in Landau angelegte Verhaftung des Doppelmörders Hundertfund entspricht nicht den Tatsachen. Der Freiburger Staatsanwaltschaft ist von einer solchen Verhaftung nichts bekannt. Die Nachforschungen über die Klucht des Mörders haben bisher ergeben, daß er um den 20. November herum in Würth a. Rh. (Pfalz) übernachtete, von da begab er sich nach dem Grenzdorf Berg im Bezirk Gernersheim, das sein Aufenthalt in der Nacht auf 22. Nov. war. In einer dortigen Wirtshaus verlor er an einen ortsanfälligen Händler die bei dem Köpferischen Ehepaar geraubten Wert- und Schmucksachen. Ingeheim erhielt er einen Kaufpreis von 120 französische Franken. Hundertfund äußerte den Wunsch, nach Straßburg zu kommen. Die elässische Grenze soll er ohne Paß überschritten haben. Da der Verdacht der Wittwenschaft sich nicht bestätigte, wird die Rosa Kirchner voraussichtlich aus der Haft entlassen werden.

Hörsching, 9. Dez. (Aufnahme des Bahnverkehrs über Osnabrück.) Der Eisenbahnverkehr Karlsruhe-Freiburg, der durch die französische Besetzung von Osnabrück unterbrochen ist, soll wieder aufgenommen werden. Es sollen täglich nur vier Schnellzüge verkehren, die Franzosen haben jedoch zugesagt, keine Kontrolle des Personenverkehrs in Osnabrück vorzunehmen. Ob schon in den nächsten Tagen der Verkehr wieder aufgenommen wird, hängt noch von den weiteren Verhandlungen ab.

Wie verhält man sich nach Feststellung eines Einbruchs?

Anlässlich der ständig zunehmenden Zahl der Einbrüche macht man von polizeilicher Seite darauf aufmerksam, daß die Tatorte bis zum Eintreffen der Kriminalpolizei unter allen Umständen unberührt und unverändert gelassen werden müssen. Jeder Tatort trägt für den geübten Kriminalbeamten eine ganze Reihe von Hinweisen nach dem Täter. Fast ausnahmslos hinterläßt jeder Einbrecher Spuren, die für den Laien nicht erkennbar sind, dem Kriminalisten aber häufig Aufschluß sowohl über Art des Einbruchs, als auch über die Person des Täters selbst geben, sobald der Beamte mit Hilfe dieser Tatortspuren nicht selten den Täter ermitteln und die Diebesbeute herbeischaffen kann. Hier ist es ein erst mit den der Polizei zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln schnellbarer Fingerabdruck, da wiederum die Art der Öffnung der Schlösser und an einer anderen Stelle wieder die Fußspur und der Eindring in der Hausmanier, die der Einbrecher erlernt hat. Alle diese wichtigen Merkmale werden häufig zerstört durch den Bestohlenen, der gewöhnlich in der ersten begeisterten Aufregung alle Räume, die von dem Einbruch betroffen oder von dem Einbrecher betreten sind, durchsucht oder berührt eigene Faust versucht, Spuren zu übermitteln. Daß dadurch eine erfolgreiche Arbeit der Kriminalpolizei auf das Unmöglichste gestört und erschwert wird, ja in den meisten Fällen unmöglich gemacht wird, liegt auf der Hand. Das sollte jeder denken, der in die unangenehme Lage kommt, die Hilfe des Einbruchskommissariats in Anspruch zu nehmen. Vieles, in manchen Fällen sogar alles, hängt von den Spuren ab, die die Kriminalpolizei am Tatort findet. Deshalb kann das Publikum nicht einbringlich genug aufgefordert werden, jeden Tatort bis zum Eintreffen der Kriminalpolizei unberührt zu lassen, und die Zimmer und Räume, Vorgärten usw. abzuschließen und sie vor allem von keinem betreten zu lassen, bis die Kriminalpolizei eingetroffen ist und ihre Ermittlungen angeestellt hat. Nur so kann der Beschädigte mit dazu beitragen, daß die Tat geklärt wird.

Buntes Allerlei.

Die umfangreichste Zeitungszahl. Die „Neuhof Times“ gab kürzlich die umfangreichste Nummer heraus, welche bis dahin durch die Rotationsmaschine gedruckt ist. Die Nummer gliedert sich in 12 Abteilungen, die 192 Seiten großes amerikanisches Zeitungsformat umfassen. Sie erschien in einer Auflage von 565 000 Exemplaren, die insgesamt 875 Tonnen wiegen. 561 Spalten sind Meldungen, Berichten und Auffagen gewidmet, während der Rest von 262 Spalten auf Anzeigen entfällt.

Und eine Entschädigung. Aus Braunschweig wird den „Leipziger N. N.“ geschrieben: Das kleine Land Braunschweig hat es in den letzten fünf Jahren zu einer traurigen Bekanntheit gebracht. Würde da im Kriege einer Anzahl Landwirten vor den Toren der Hauptstadt Land zu einem Flugplatz enteignet. Die Entschädigungsverhandlungen zogen sich über sechs Jahre hin. Vor einigen Tagen lud man schließlich die Beteiligten vor das zuständige Amtsgericht. Hier wurde die Zwangsauslösung vorgenommen und als Entschädigung — sage und schreibe — die Summe von zweitausend Marklermark für je einen Morgen ausgezahlt. Einem der Betroffenen sind 30 Morgen, über die Hälfte keine Entschädigung, vorgenommen. Daraus kann man sich eine Vorstellung machen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Aufstand in Mexiko. In Mexiko ist wieder einmal eine Aufstandsbewegung ausgebrochen, die sich gegen Präsident General Obregon richtet. Sie hat bereits neun Staaten ergriffen. Die Spitze der Truppen hat sich gegen Obregon erklärt. Nach einer bis jetzt noch nicht bestätigten Meldung sollen die Bundesstruppen bereits die Truppen der aufständischen Staaten entworfen und den Aufbruch unterdrückt haben.

Verringerung der amerikanischen Staatsschulden. Der Jahresbericht des Schatzsekretärs teilt mit, daß die amerikanischen Staatsschulden im vergangenen Jahr um 613 674 Dollar vermindert werden konnten. Der Schatzsekretär schlägt vor, daß die Steuern um den Gesamtbetrag in Höhe von 300 Dollar verringert werden und die Zore auf die großen Einnahmen um 50 Prozent fortzufallen.

ein Bild von den vergerenden Folgen dieses Vorgehens zeigen. Genauberechnung ist es, wie man die zahllosen kleinen Papierfelle zusammengefaßt hat, um der Verfallung nachzukommen.

Das größte Kabel der Welt. Zwischen Neuport und Paris ist das größte Kabel der Welt in Dienst gestellt worden. Das Kabel mißt 4300 Meilen. Mit den Arbeiten war letzten August begonnen worden. Der Präsident der amerikanischen Kommerzial Kabel Company, die den Bau des Kabels bewerkstelligte, richtete an den Präsidenten der französischen Republik ein Glückwunschtelegramm.

Die höchstgelegenen Städte der Erde finden sich im tropischen Amerika auf den Hochplateaus der Anden und in Mexiko. Den Höhenrekord hält dort Huamaca in Bolivia mit 4102 Metern; nicht viel niedriger liegen die bolivischen Städte Potosi mit 4000 und Oruro mit 3743 Metern. Eine Ausnahme bildet das 14 000 Einwohner zählende Cerro de Pasco, das mit einer Höhe von 4302 Metern den Gipfel der Jungfrau noch um 135 Meter übersteigt. Nicht nur in Bolivien und Peru, sondern in allen jenseitigen Chile und den Vereinigten Staaten gelegenen Ländern haben sich die Menschen im Hochgebirge angesiedelt, um der drückenden Hitze der Küstengone zu entfliehen und um die reichen Mineralvorkommen der Berge auszubeuten. So erhebt sich Luito, die 80 000 Einwohner zählende Hauptstadt von Ecuador, 2850 Meter über den Meeresspiegel, Santa Fe de Bogota, die 100 000 Einwohner zählende Hauptstadt von Columbia, 2645 Meter und Mexiko mit seinen 400 000 Einwohnern, 2300 Meter. In Asien ist nur Thassa, die Hauptstadt von Tibet und das Zentrum des Buddhismus zu nennen, das 2560 Meter über dem Meeresspiegel liegt. Dagegen kann Afrika mit Amerika konkurrieren, insbesondere Abessinien, das annähernd auf dem Breitengrad Columbias liegt. Für Europa kommen nur Dörfer in Frage, unter denen das Pfardorf auf im Oberstg (Graubünden) mit 2113 Metern an erster Stelle stehen dürfte.

Handel und Verkehr.

Kant. Berliner Devisenkurse vom Samstag, 8. Dez. (Die Notierungen sind in Milliarden Mk. zu lesen.)

1 Dollar: Berlin 4189,500 G., 4210,500 Br.

1 Goldmark: Briefkurs Berlin 1002,5. Mittelkurs 1000,0.

Amsterdam 1596 G., 1604 Br.
Brüssel 193,515 G., 194,485 Br.
Christiania 626,48 G., 629,57 Br.
Kopenhagen 746,13 G., 748,87 Br.
Stockholm 1101,24 G., 1106,76 Br.
Schweiz 730,17 G., 733,88 Br.
Italien 181,545 G., 182,455 Br.
..... 219,45 G., 220,55 Br.
Spanien 546,63 G., 549,37 Br.
London 18 254,25 G., 18 345,75 Br.
D.-Oesterreich 0,059 850 G., 0,060 150 Br.
Prag 123,69 G., 124,31 Br.
Buenos Aires 1316,7 G., 1323,3 Br.

Wirtschaftszahlen vom Samstag:

Wertbeständiges Geld:
2,10 Goldmark = 2100 Milliarden Papiermark
1,05 " = 1050 " " " "
0,42 " = 420 " " " "
0,21 " = 210 " " " "

Wertbeständiges Städtelgeld:
1,00 Goldmark = 1000 Milliarden Papiermark
0,50 " = 500 " " " "
0,20 " = 200 " " " "

Umrechnungssatz für Steuern und Zölle (S. 12.) 1 W.M. Goldankaufspreis 1 Kilo = 640 Dollar.
Silberankaufspreis vom 3. Dez. ab 400 Ma.-fach.
Lebenshaltungsindeks (3. Dez.) 1515 Ma.-fach.
Stuttgarter Index (3. Dez.) 1350,9 Ma.-fach.
Großhandelsindex (4. Dez.) 1337,4 Ma.-fach.
Einfuhrwarenindex (4. Dez.) 1620 Ma.-fach.
Inlandswarenindex (4. Dez.) 1280,6 Ma.-fach.
Industriestoffe (4. Dez.) 1561 Ma.-fach.

Das Ende der Buchhändlerkassenschlacht. Die Umstellung der gesamten Wirtschaft auf Goldrechnung und die Einführung neuer Zahlungsmittel macht für den Buchhandel die Fortführung einer besonderen Kassenschlachtberechnung zum Ausgleich der Geldentwertung entbehrlich.

Erhöhung des Hefepreises. Der Deutsche Hefenverband, Sitz Berlin, hat den Grundpreis für das Pfd. Hefe auf 90 Goldpfennig erhöht. Und dagegen geschieht nichts?

Kantl. Berliner Produktnotierungen vom 8. Dez.: Weizen, märk. 180—181, ruhig; Roggen, märk. 160 bis 160,5, pomm. 158—159, ruhig; Sommergerste, märk. 164—166, ruhig; Haber, märk. 144—148, all. in Goldanleihe oder Rentenmark. Weizenmehl 28 bis 32; Roggenmehl 26—30; Weizenkleie 7—7,2; Roggenkleie 6,5—7; Raps 330; Viktoriærbsen 48—58; II. Speiseerbsen 32—36; Bohnen 17—19; Gerabellen 1920 20—23; Kapselchen 13; Trockenknittel 7,8 bis 7,75; vollk. Ruderknittel 19; Karioffelflocken 19,6 bis 19,75, in Goldanleihe oder Rentenmark.

Winnenden, 8. Dez. Dem Fruchtmarkt Waren 118 Btr. Weizen, 166 Btr. Haber, 8 Btr. Gerste und 3,5 Btr. Roggen zugeführt. Preis pro Zentner in Goldmark: Weizen 13—18, Haber 7—9,5, Gerste 12 bis 15, Roggen 13.

Württ. Schweinemärkte. Gaildorf: Zufuhr 12 Milchschweine. Preis pro Stüd 9—15 G.M. — Oberfontheim: Zufuhr 327 Milchschweine. Alles verkauft zum Preis von 16—40 G.M. pro Paar. — Wimmenden: Zufuhr 7 Läufer- und 148 Milchschweine. Preis 30 bzw. 15—20 G.M. je Stüd. — Ereglingen: Zufuhr 59 Milchschweine. Paarpreis 20—30 G.M. — Blaubeuren: Zufuhr 175 Milchschweine. Paarpreis 20—26 G.M. — Schömberg: Zufuhr

52 Milchschweine. Paarpreis 11-28 G.M. - In Schramberg wurde für das Paar 30-42 G.M. bezahlt.

Stuttgarter Marktpreise vom 8. Dez. Waren auf allen Märkten in Mäße, das ist der Erfolg des Preisabbaues. Dieser selbst hat sich in geringem Maße fortgesetzt. Es kosteten, in Goldpfennigen: Edeläpfel 20 bis 22, Tafeläpfel 13-20, Spalterbirnen 25-30, Tafelbirnen 15-25, Nüsse 100, Schilke 40-45, Dörrschwefeln 50-60, Tomaten 15-20. Gemüse: Kraut 1.5-1.8, Rotkraut 8-10, Kohl 5-8, Grünkohl 8 bis 12, gelbe Rüben 4-8, rote Rüben 7-11, Zwiebeln 15-20, Spinat 20-25, Bodenschiraben 1-3, Schwarzwurzeln 40-50 das Pfund, Rettiche 3-8, Rosenkohl 10-28, Endivienalat 4-15, Sellerie 8-18 das Stück. Fett: Butter 270-280, Schweineschmalz 120, Margarine 90, Schmelzmargarine 95, Kofosfett 90, Palmöl 95-100, Speisefett 100, geräucherter Speck 250, Fettgänse 120-140. Käse: Emmentaler 220, Schweizer 200, Tilsiter 160-200, Münster 180, Rahm 120-150, Wadstein 100. Kartoffeln 5-6, Erbfein 40-50, Bohnen 40-50, Linsen 40-60, Aunthonig 80-90, Mehl 30, Grieß 40, Maisgrieß 30, Feigwaren 40-50, Haberfioden 40, Reis 40-45 je das Pfd. Eier: Kalkeler 20, Fleckeler 15-18, italienische Eier 25, frische Eier 25.

Für die Hausfrau.

Seulen aus Rohrgeflecht zu entfernen. Um das Geflecht wieder straff zu bekommen, bereite man sich eine Flüssigkeit von Wasser und Soda. Man läßt das Wasser kochend heiß werden und hinstellt darauf das Rohrgeflecht gründlich ab. Es ist jedoch darauf zu achten, daß die Holzrahmen der Stühle nicht zu naß gemacht werden, da sie leicht Fäden bekommen. Es erfolgt darauf ein gründliches Abspülen mit heißem Wasser und Trocknen in starker Zugluft. Der Stuhl ist beim Trocknen verkehrt aufzustellen, wodurch das schlafe geworbene Geflecht in entgegengekehrte Lage gebracht wird und sich wieder glatt zusammenziehen kann. Die Stühle müssen erst gründlich ausgetrocknet sein, ehe sie wieder in Gebrauch genommen werden.

Wie man Wäsche schonen kann. Die heute so kostbare Wäsche zu schonen, ist dringend notwendig. Eine Reihe kleiner heberzigenwertiger Fingerringe dazu finden wir in der „Deutschen Romanzeitung“. Ehe die Wäsche zur Reinigung gegeben wird, sehe man sie durch und bessere sie aus, sonst wird sie beim Waschen noch mehr beschädigt. Man trage die Wäsche nicht zu lange, weil scharfe Waschmittel die Gewebe schädigen. Beim Auswringen gehe man vorsichtig zu Werke; nur kräftige Gewebe gebe man durch die Bringmaschine. Beim Ab- und Aufklammern ist ebenfalls Vorsicht nötig. Beim Legen werden scharf getrocknete Mäander angezeichnet, über-

haupt lasse man die Wäsche nicht zu hart trocknen, bevor man sie rollt. Beim Plätten wird kein übermäßig heißes Eisen benutzt und jedes schadhafte Stück zur sofortigen Ausbesserung beiseite gelegt. Wegen Stoffknappheit wird man das Stopfen dem Fästen vorziehen. Grobe Gewebe lassen sich im kleinen runden Ständer leicht stopfen, indem man die Längsfäden löst, die Quersfäden dichter einzieht. Feinere Stoffe stopft man auf einem Kissen, das links nach oben. Risse in Battist verklebt man mit hellem Gipsplaster, wie man ja auch solche in Seide mit schwarzem Gipsplaster schließt.

Letzte Nachrichten.

Der Übergang zur reinen Goldmarkkalkulation.

WTB. Berlin, 8. Dez. Heute fand im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung über die Goldmarkkalkulation statt, an der unter dem Vorsitz des Ministerialdirektoren Rießig teilnahmen: der Reichsverband der deutschen Industrie, der Zentralverband des deutschen Großhandels, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Handelsbund, der Industrie- und Handelsrat, der Reichsverband des deutschen Rohstoffgroßhandels, der Wela-Verband, der Reichsverband deutscher Konsumvereine und der Zentralverband deutscher Konsumvereine. Einstimmig wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Besammlung ist der Ansicht, daß unvorzähllich in allen Stufen der Erzeugung und Warenverteilung zur reinen Goldmarkkalkulation unter Befreiung aller Abfertigungs- oder Geldwertungsgefahren überzugehen ist. Die im Umlauf befindlichen werbefähigen Zahlungsmittel sind angesichts der gegenwärtig bestehenden Uebereinstimmung der Bewertung der Mark im In- und Ausland als vollwertig anzusehen. Als wertbefähige Zahlungsmittel gelten Rentenmark, Goldanleihe, Dollaranweisungen und die vorchriftsmäßig durch Goldanleihe gedeckten Notzahlungsmittel, soweit und solange die Reichsbank deren Einlösung vornimmt.

Zurücknahme von Ausweisungsbefehlen und Aufhebung von Strafartikeln im besetzten Gebiet.

WTB. Paris, 8. Dez. Nach einer Haabmeldung aus Düsseldorf sind bis gestern im ganzen 192 Ausweisungsbefehle zurückgenommen worden. 105 davon betreffen Privatpersonen, 87 Gewerke, Post-, Zoll- u. Verwaltungsbeamte. Desgleichen sind 62 Strafartikeln aufgehoben worden. 35 betreffen Industrielle, 6 Arbeiter oder Angestellte, 22 Beamte. Gestern ist die Aufhebung von 40 weiteren Strafartikeln unterzeichnet worden, von denen 8 Industrielle und 2 Beamte betreffen.

Rückgängigmachung versch. anderer Maßnahmen.

WTB. Paris, 9. Dez. Nach einer Haabmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, eine Anzahl von einschneidenden Maßnahmen rückgängig zu machen,

die sanktionsweltig in der Zeit des passiven Widerstandes getroffen worden sind. Vor allem sollen zurückgezogen werden die Verordnung über die Einschränkung des Straßenbahnverkehrs, sowie die über gewisse Einschränkungen des Laßautoverkehrs und die betreffend die Verpflichtung der Gewerbetreibenden zur Ueberwachung des Eisenbahnübergänge zu ebener Erde. Die neuen Bestimmungen gingen Hand in Hand mit denen der militärischen Befehlsstellen im Nahgebiet.

Ein Feuergefecht mit Gladbachern.

WTB. Berlin, 8. Dez. Zu einem Feuergefecht zwischen Beamten der Schutzpolizei und Einbrechern kam es in der Nacht zum Samstag auf dem Mittelplatz im Berliner Norden. Zwei Beamten übertraten zwei insgesamt neun Köpfe starke sogenannte Wobbingkolonnen beim Einbruch in ein Konfektions- und Schuhwarengeschäft. Die ertappten Verbrecher warfen sich zu Boden und erschafften ein Schnellfeuer auf die Schutzpolizisten, die schwerverletzt wurden. Später gelang es, zwei Verbrecher zu verhaften.

Der Führer der englischen Arbeiterpartei über das Verhältnis zu Frankreich.

WTB. Paris, 9. Dez. MacDonald, der Führer der engl. Arbeiterpartei, erklärte dem Sonderberichterstatter des „Matin“, er könne nicht verschweigen, daß augenblicklich das englische Volk Frankreich gegenüber nicht günstig gestimmt sei. Gewisse Neben Poincarés hätten den schlechtesten Eindruck auf das englische Volk gemacht. Es gebe kein Volk auf der Welt, mit dem man befreundet bleiben könne, wenn man mit ihm nicht einig sei. Nach Ansicht der englischen Arbeiterpartei sei das Vordringen Frankreichs vollkommen unannehmbar. Wenn Frankreich die Entente aufrechterhalten wolle, müsse es England einen Schritt entgegenkommen.

Streik der österr. Postangestellten.

WTB. Wien, 9. Dez. Das erweiterte Aktionskomitee der Bundesangestellten beschloß in einer heute Nachmittag abgehaltenen Konferenz, von morgen, Montag früh 6 Uhr ab, im Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen Oesterreichs, sowie im Zollbereich Wien in den Streik zu treten. Ausgenommen von dem Streik sind humanitäre Einrichtungen.

Der Kuffand in Reg'ls.

WTB. London, 9. Dez. Reuters meldet aus Arg'ls: Präsident Obregon hat den General Plutarco Galarza, der im Hinblick auf die Revolution von seiner Kandidatur auf den Präsidentschaftsposten zurückgetreten war, an die Spitze der Bundesstruppen gestellt. 28 000 Mann Bundesstruppen marschieren auf Veracruz. Obregon veröffentlichte ein Manifest, worin er den Kuffand als eine Verschönerung gegen das Volk bezeichnet.

Druck und Verlag der W. Nieker'schen Buchhandlung Altenteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Saut.

Altenteig, den 10. Dez. 1923.

Todes-Anzeige.



Meine liebe, treubeforgte Mutter, unsere gute, unermüdlche Großmutter und Urgroßmutter

Frau Maria Braun geb. Schwab
Holzhändlers-Witwe

ist am Sonntag Vormittag nach kurzer Krankheit im Alter von 80 1/2 Jahren sanft entschlafen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

der Sohn:

Martin Braun, Holzhandlung.

Beerdigung: Mittwoch 1/2 Uhr.

Altenteig.

Schmiedkohlent

treffen Ende dieser Woche ein. Bestellungen nehmen hierauf entgegen

Veeh & Ziegler
Lilienstr. 9.

Photographie-Rahmen

empfiehlt die

W. Nieker'sche Buchhandlung in Altenteig.

Linsen

sowie

Kofosfett

in Tafeln

neu eingetroffen



Altenteig.

Eichenen

Auszugstisch

mit 4 Sessel

1 Küchentisch

mit Einleimung und
Poker,

sowie ein

Garbenseil

verkauft gegen Lebensmittel
oder verkauft

Wilhelm Welker
Paninstraße 48.

Roßdorf.

Eine gutgehaltene

Chaise

verkauft, würde auch etwas
Brennholz eintauschen.

Josef Barold.

Gediegene

Bücher

auf den Weihnachtstisch

empfiehlt

in reicher Auswahl

die

W. Nieker'sche

Buchhandlung

Altenteig.

Taschenfahrpläne

sind zu haben in der

W. Nieker'schen Buchhandlung
Altenteig.

Zugelaufen

ist mir ein schwarzer Dachshund mit gelben Abzeichen. Der Eigentümer kann diesen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld abholen bei

Karl Morhardt
Spielberg.